

23.01.2023

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der FDP

Neubau verschoben und Wirtschaftsregion lahmgelegt – politische Verantwortung für Desaster um Rahmede-Talbrücke muss aufgeklärt werden!

Seit nunmehr über einem Jahr sorgt die Sperrung der Autobahntalbrücke Rahmede für ein gewaltiges Verkehrschaos in der gesamten Wirtschaftsregion Südwestfalen mit resultierenden Folgekosten in Milliardenhöhe. Die volkswirtschaftlichen Schäden dürften die Kosten für einen Neubau der Brücke mittlerweile um ein Vielfaches übertreffen. Dieser Zustand ist mehr als unbefriedigend und muss schnellstens behoben werden. Die zurzeit nötigen großräumigen Umleitungsverkehre belasten die nicht auf ein solches Verkehrsaufkommen ausgelegten Umgehungsstraßen mittlerweile dermaßen, dass diese ebenfalls in die Knie zu gehen drohen. Somit wird die Infrastruktur einer ganzen Region zum Sanierungsfall.

Für die Menschen und Unternehmen in der Region ist die Vollsperrung der Brücke eine Katastrophe. Südwestfalen ist die Wirtschaftsregion, die – bezogen auf Nordrhein-Westfalen – am stärksten vom Produzierenden Gewerbe geprägt ist. Außerdem gehört sie mit mehr als 160 Weltmarktführern aus dem Mittelstand zu den drei Top-Industrieregionen in Deutschland. Mit den starken Verkehrseinschränkungen droht der Region nun der wirtschaftliche Infarkt. Viele Unternehmen und Arbeitskräfte in der Region denken über Abwanderung nach.

Bereits lange vor der Sperrung war den verantwortlichen Stellen, die damals in der Hauptsache noch beim Land Nordrhein-Westfalen lagen, deutlich, dass ein Brückenneubau notwendig ist. Jedoch wurde der Neubau nicht priorisiert, sondern nach hinten verschoben. Wie es zu dieser Fehlentscheidung kam und wer dafür die politische Verantwortung trägt, wirft seit geraumer Zeit viele Fragen auf.

Seit dem vergangenen Wochenende gibt es offenbar neue Erkenntnisse, die Anlass für breite aktuelle mediale Berichterstattung sind. Primärquelle sind neue Rechercheergebnisse des Onlineportals t-online vom 22. Januar 2023¹, die auch im Westfalenblatt² oder in der Rheinischen Post³ aufgegriffen werden. Im Kern geht es um E-Mail-Korrespondenz zwischen dem damaligen Ministerium für Verkehr sowie der Staatskanzlei. Die E-Mail-Verläufe scheinen allerdings an entscheidenden Stellen abzubrechen. Laut den Medienberichten seien die Nachrichten gelöscht worden – sowohl im Ministerium als auch in der Staatskanzlei.

¹ https://www.t-online.de/region/dort_mund/id_100_109_95_4/nrw-a-45-bruecken-debakel-was-wusste-hendrik-wues-t-unangenehme-mails-verschwunden.html

² <https://www.westfalenblatt.de/nrw/a-45-bruecken-sperrung-mail-verkehr-nicht-auffindbar-2694096?&npq>

³ https://rp-online.de/nrw/landespolitik/rahmedetalbruecke-hat-hendrik-wues-t-seine-vorsorgepflicht-versaeumt_aid-83445509

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat als damals zuständiger Verkehrsminister immer wieder beteuert, in die Entscheidung, den Neubau zu verschieben, nicht involviert gewesen zu sein. Im April 2022 erklärte der Ministerpräsident in einem Interview gegenüber dem Westfälischen Anzeiger, der Neubau sei vor seiner Amtszeit als Verkehrsminister verschoben worden.⁴ Das hat sich inzwischen als falsch herausgestellt, wie das Onlineportal t-online auf Basis einer Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz berichtet⁵. Gegenüber dem Westfälischen Anzeiger erklärte Wüst ferner im Dezember 2022, die Entscheidung sei auf rein fachlicher Ebene getroffen worden – ohne politische Einflussnahme auf Projektplanungen.⁶ Auch an dieser Aussage gibt es mittlerweile begründete Zweifel. Eine politische Priorisierung von Projektplanungen im damaligen Verkehrsministerium hat es nach vorliegenden Informationen gegeben.⁷

Die aktuellen Medienberichte legen vielmehr nahe, dass sowohl der ehemalige Staatssekretär im Verkehrsministerium, Hendrik Schulte, als auch Wüsts damaliger Büroleiter im Ministerium darüber informiert waren, dass für den Ersatzneubau der Brücke die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens notwendig sei und der Neubau frühestens im Jahr 2026 beginnen könne. Es erscheint damit äußerst fragwürdig, dass der heute Ministerpräsident Hendrik Wüst nicht in eine Entscheidung über eine Verschiebung des Neubaus involviert gewesen ist.

Bisher hat die Landesregierung nur unzureichend zu einer umfassenden Aufklärung der damaligen Entscheidungsprozesse beigetragen. Das Vorliegen von Informationen zu den Vorgängen wird dem Landtag und seinen Mitgliedern gegenüber erst verneint und dann nach mehreren schriftlichen Anfragen eingeräumt. Das Desinteresse der Landesregierung, die Vorgänge aufzuklären, wirft erhebliche Fragen auf. Die betroffenen Menschen in der Region Südwestfalen, die Unternehmen und auch die Kommunen, die alle unter den Auswirkungen der durchtrennten Lebensader A 45 leiden, haben daher einen Anspruch darauf zu erfahren, wie es zur jetzigen desolaten Situation kam. Die Aufklärung der tatsächlichen Entscheidungsprozesse kann zudem erheblich dazu beitragen, dass solche Fehlentwicklungen und ihre erheblichen Konsequenzen in Zukunft vermieden werden können.

Vor dem Hintergrund der erheblichen Konsequenzen, die die Vollsperrung der Rahmede-Talbrücke zur Folge hat, und aufgrund der neuen Erkenntnisse aus der medialen Berichterstattung muss der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Frage debattieren, warum die Landesregierung bisher kein Interesse an einer Aufklärung der Entscheidungsprozesse hat, die zu einer Verschiebung eines Neubaus der Brücke geführt haben und wie in Zukunft solche Fehlentwicklungen vermieden werden können.

Henning Höne
Marcel Hafke
Christof Rasche

und Fraktion

⁴ https://www.com-e-on.de/lueden_scheid/a45-sperrung-in-lueden_scheid-fragen-a-ministerpraesident-wuest-91464765.html

⁵ https://www.t-online.de/region/dort_mund/id_100057286/rahmedetalbruecke-hendrik-wuests-a45-bruecken_desaster.html

⁶ https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/a45-sperrung-hendrik-wuest-pakt-planungsbeschleunigung-lueden_scheid-rahmedetalbruecke-zr-91952109.html

⁷ https://www.t-online.de/region/dort_mund/id_1001082/nrw-a45-hilf-wende-in-hendrik-wuests-bruecken_debakel.html